

Oberbürgermeister macht wenig Hoffnung

Von Peter W. Ragge

„Ich sehe nicht, wie wir das stemmen sollen.“ Mit diesen Worten dämpfte Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) alle Hoffnungen der Wallstadter auf den baldigen Bau eines Kultur- und Sportzentrums mit Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr. Bislang sei das Projekt in der städtischen Finanzplanung der nächsten Jahre „in gar keiner Weise eingepreist“. Möglich würde es höchstens, wenn man „kreative Lösungen findet“ – die Kurz aber nicht genau nannte.

Die Debatte war von FDP und CDU angestoßen worden. Sie beantragten, die im Januar dem Bezirksbeirat des Stadtteils nichtöffentlich präsentierte Machbarkeitsstudie für das Projekt vorzustellen und über die Umsetzung zu beraten. Dazu kam es aber nicht. Zuvor wolle die Verwaltung intern noch „einige Fragestellungen vertiefen“, sagte Kurz, wofür er einen Zeitraum bis zum Sommer nannte. Schon jetzt sei aber klar, dass er bis auf eine geringe Landesförderung für die Feuerwehr „keinen Ansatz“ sehe, irgendwo Fördermittel für den Bau zu bekommen.

Damit bliebe ein Großteil der Kosten – zwölf Millionen Euro ent-

fallen auf die Feuerwehr, 16 Millionen Euro auf das Kultur- und Sportzentrum – bei der Stadt. Das sind deutlich mehr als die 15 bis 16 Millionen Euro, die anfangs mal für das Vorhaben im Gespräch waren – allerdings damals nur aufgrund sehr grober Schätzungen.

Suche nach „kreativem Weg“

Kurz nannte die jetzt feststehende Summe „gewaltig“, äußerte sich „schockiert von der Dimension“ und sah keine Chance, das in der städtischen Finanzplanung für die nächsten vier Jahre unterzubringen, für die es schon jetzt „im dreistelligen Millionenbereich“ mehr Wünsche als Möglichkeiten gebe: „Wir können das sicher nicht über die öffentliche Hand durchfinanzieren“, erklärte Kurz und fügte an anderer Stelle hinzu: „Über den Haushalt wird das nicht funktionieren“.

Wie es sonst funktionieren könnte, deutete der Oberbürgermeister nur an. Mal sprach er davon, dass man über „die Nutzung des Grundstücks insgesamt“ und damit eine „Refinanzierung“ nachdenken müsse, dann sprach er von „anderen tragfähigen Nutzungen“ oder „Investorenmodellen“ oder „kreativen



Blick auf Wallstadt, wo Räume für Kultur und Sport fehlen. .

BILD: PRIVAT

ökonomischen Modellen“. Mehrfach fiel in der Debatte der Begriff vom „kreativen Weg“ oder von der „Public-private-Partnership“. In anderen Fällen bedeutete das, dass nicht die Stadt selbst baut, sondern ein anderer Investor oder eine städtische Tochtergesellschaft und die Stadt dann die Räume mietet. Ohne eine andere Variante werde die Realisierung laut Kurz jedenfalls eine „verdammte lange auf die Zeitachse“ benötigen, „wenn man sieht, was sonst in der Pipeline ist“.

Dabei bestritt der Oberbürgermeister gar nicht, dass es einen Bedarf für einen solchen Bau in Wall-

stadt gibt – die Stadt habe ja auch reagiert, die Studie bestellt und das Grundstück (neben dem Friedhof) gekauft. Zugleich wehrte er sich aber deutlich gegen eine zu große, wie er sagte, „Erwartungshaltung“ in dem Vorort. Die Stadt könne nicht überall einspringen, „wenn zivilgesellschaftliche Strukturen“, wie er sagte, nicht funktionierten. Bislang habe ja auch „eine gesellschaftliche Kraft umbauten Raum der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt“, spielte er darauf an, dass die katholische Kirche ihr Gemeindezentrum in der Oswaldstraße trennen und das Grundstück dann wohl vermarkten will.

„Gemeinderat ist im Wort“

FDP-Stadträtin Birgit Reinemund wehrte sich dagegen, dass ein „Projekt, das wir schon 40 Jahre immer hinten anstellen, das so lange in der Pipeline ist, immer wieder verschieben“. Sie verlangte, dass vor den Haushaltsberatungen im Dezember dem Gemeinderat die Machbarkeitsstudie präsentiert wird. Zudem wies sie darauf hin, dass das reine Kultur- und Sportzentrum im angelegten Finanzrahmen bleibe, nur eben die Hinzunahme der Feuerwehr weitere Kosten verursache. Zu-

dem werde für das Nationaltheater ja auch eine Ersatzspielstätte für 16 Millionen Euro geplant – ein Vergleich, gegen den sich OB Kurz ganz vehement wehrte.

„Überrascht“ äußerte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Claudius Kranz über die Ablehnung durch den OB. Schließlich habe sich der Gemeinderat, als er bei den letzten Etatberatungen die Planungsmittel bewilligte, bereits mehrheitlich „ganz klar positioniert“, dass dieses Projekt realisiert werden solle: „Wir müssen schauen, wie wir das hinkriegen“. „Das ist eine Dauerfrage in dem Stadtteil, wir brauchen eine kreative Lösung, aber das darf nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden, dieser Eindruck darf nicht entstehen, der Gemeinderat ist im Wort“, erklärte Kranz.

Reinhold Götz sagte wiederum, die SPD sei von der Bausumme „überrascht“ gewesen. Er forderte die Verwaltung auf, den Fraktionen so rechtzeitig die Pläne und ihre Vorschläge zu unterbreiten, dass bei den Etatberatungen im Dezember darüber abgestimmt werden könne. Die anderen Fraktionen (Grüne, ML, Linke, AfD) meldeten sich bei dem Thema nicht zu Wort.